WB-EZ-01-167

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 167 einfügen:
Europa in Brexit-Verhandlungen zusammenhalten - den EU-Haushalt stärken

Wir Grünen wollen, dass in den Brexit-Verhandlungen die europäischen Interessen Vorrang vor den Klientelinteressen der Nationalstaaten haben. Und wir wollen, dass die EU der 27 gestärkt aus den Verhandlungen hervorgeht. Deswegen werden wir in der Bundesregierung dafür sorgen, dass Deutschland schon während der Verhandlungen mit Großbritannien klarstellt, dass es künftig auf seinen Haushaltsrabatt verzichtet. Damit sorgen wir dafür, dass die EU nicht wegen des Brexit ihren Haushalt verkleinern muss, sondern dass Europa im Gegenteil mehr Mittel bekommt um zu investieren und soziale Projekte vor Ort zu fördern.

Begründung

Es ist entscheidend, dass wir klare inhaltliche Linien für die Positionierung Deutschland in den Brexit-Verhandlungen beschreiben. Wir meinen das sollte ein Schlüsselprojekt für eine Grüne Regierungsbeteiligung werden! Wir wollen das Projekt bewusst nicht gegen die Idee eines Marshallplans für Afrika stellen, finden aber, dass ein Schlüsselprojekt zum Brexit im Kapitel "Europa zusammenhalten" unverzichtbar ist. Ob hier dann vier Schlüsselprojekte bleiben oder der Marshallplan in einen anderen Teil des Kapitels verschoben wird, legen wir dem Bundesvorstand in die Hand.

Neben den bisherigen Positionen zu Zugang zum Markt und den Grundfreiheiten sollten wir uns auch trauen über das Geld zu reden. Am EU-Haushalt hängen überall in Europa, aber vor allem in den wirtschaftlich schwächeren Regionen viele Investitionen und Fördermaßnahmen mit Nähe zum Arbeitsmarkt.

Die finanziellen Wirkungen des Brexit sind bisher vor allem für die Zeit bis 2020 in der Debatte. Aber auch darüber hinaus bleiben Folgewirkungen. Zunächst muss die EU und die Breg klar machen, dass London auch nach dem Ende des derzeitigen mittelfristigen Finanzrahmens Ende 2020 alle politisch und rechtlich bereits eingegangenen Verpflichtungen bedienen muss.

Aber: Auch wenn man das alles einrechnet, ergeben sich finanzielle Auswirkungen auf den EU-Haushalt. Aufgrund der relativ größeren Wirtschaftsleistung des UK verändert sich die gesamte Rechengrundlage für das EU-Budget, so dass alleine dadurch rein rechnerisch etwa 10 Mrd Euro im Jahr rechnerisch fehlen, gemessen am Maßstab der Obergrenze des Ausgabenrahmens der EU von 1,23 Prozent. Gemessen am konkreten Zahlungsziel der Mitgliedstaaten von 1% wären das sogar rund 25 Mrd. Euro. Der Versuch die gesamte Fehlsumme einzusparen garantiert, die EU in den Verhandlungen mit UK auseinandertreiben würde.

Unterstützer*innen

Luise Amtsberg (Kiel KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Dennis Paustian-Döscher (Hamburg-Wandsbek KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Andreas Reichel (Hamburg-Eimsbüttel KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Mechtild Wigger (Hamburg-Altona KV); Annalena Baerbock (Potsdam KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Ulrike Liebert (Bremen-Nordost KV); Marc Benjamin Benirschke (Hamburg-Harburg KV)